DIE LINKE

Neues aus dem Neckartal
in Farbe jetzt auch auf
www.tuebingen.die-linke-bw.de

September 2017

Ortsverband Rottenburg
Hirrlingen Starzach Neustetten
www.die-linke-rottenburg.de

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Dieselskandal: Regierung schützt Profite statt unsere Gesundheit

Versager Dobrindt aufs Abstellgleis!

Als die Bürger für Ergenzingen (BfE) kürzlich einen schnelleren Ausbau der Gäubahn und eine bessere Zuganbindung mit Stuttgart durch den VVS forderten, warfen ihnen H. Beser und R. Baur (beide CDU) „populistisches Daherreden" vor.

Seit Jahrzehnten verschleppen Bahn und Bund den zweigleisigen Ausbau und die Elektrifizierung der Gäubahn und verstoßen gegen den Staatsvertrag mit der Schweiz. Jetzt müssen täglich 30.000 Bahnreisende per Bus zwischen Rastatt und Baden-Baden befördert werden, nur 20 Prozent der Güter können aktuell auf der Europa-Route Rotterdam-Genua transportiert werden – mit großem Schaden für Produzenten und Logistiker. Für tausende Pendler verlängert sich der Arbeitstag, Rottenburg ist wegen zusätzlicher Güterzüge teilweise vom Personenverkehr abgeschnitten, die Anlieger an der Bahnstrecke sollen Lärm und Gestank ertragen.

Nicht das Kraftfahrzeug-Bundesamt (KBA), sondern US-Umweltbehörden und die beharrlichen Proteste der Stuttgarter gegen die hohe Feinstaubbelastung in ihrer Stadt haben den Dieselskandal mit der Betrugssoftware, die VW 2007 entwickelt hatte, in die öffentliche Diskussion gebracht.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) prozessierte gegen die Verschleppung eines Luftreinhalteplans, der bei Überschreitung der Grenzwerte gesetzlich vorgeschrieben ist.



Foto/Montage: N. Kern

Dann deckte „Der Spiegel" auf, dass das Autokartell aus Audi, BMW, Daimler, VW und Porsche seit den 90er Jahren in über 1.000 Sitzungen sich nicht nur über technische Standards abgesprochen haben, sondern auch über Tricks, um die Werte bei Abgasprüfungen im Labor zu manipulieren. Diese Betrügereien werden jetzt vor den Wahlen als „Vertrauensverlust" der Autokonzerne heruntergespielt.

Profite vor Gesundheit

Dieselmotoren von LKWs, Bussen und PKWs sind der Hauptverursacher vom Feinstaub im Verkehr. Laut einer Studie der Europäischen Umweltagentur (EUA) verursacht Feinstaub pro Jahr etwa 430.000 vorzeitige Todesfälle in der EU. Der Grenzwert für Feinstaub (Partikelgröße PM 10) wird in Deutschland in Stuttgart an 91 Tagen, in Reutlingen an 79 und in Tübingen an 46 Tagen überschritten – laut Gesetz dürfen es maximal 35 Tage sein! Denn die 205.000 Tonnen Feinstaub in Deutschland können Asthma, Schlaganfälle und Krebs verursachen. Je nach Zusammensetzung und je kleiner er ist, desto gefährlicher, weil er umso tiefer in den Körper eindringt. Deshalb müssen in der Schweiz alle Baufahrzeuge und Lokomotiven mit Partikelfilter ausgerüstet sein – davon träumen die Stuttgart-21-Geplagten nur. Die DUH erzwang von der grün-schwarzen Landesregierung einen Luftreinhalteplan, den das Stuttgarter Gericht im Juli zerpflückte, weil er nur leere Versprechen von Politik (Kretschmann) und Autokonzernen, aber keine Garantie auf bessere Luft beinhaltet. >>>

Lesen Sie weiter:

Die Tunnelkatastrophe von Rastatt Seite 5

Die verdrängte Obdachlosigkeit Seite 7

Sommerfest der *LINKEN* - Fotobericht Seite 10

Gewerbegebiet Galgenfeld - Neue Erkenntnisse? Seite 9

Da ist der Bösewicht! Irgendwo findet sich immer ein Feind Seite 11

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt!

Es drohen Fahrverbote in allen größeren Städten. Bundesweit gibt es 16 Klagen der DUH.

Mit Hektik reagieren momentan Konzerne und Maßnahmen-Verschlepper Dobrindt auf drohende Fahrverbote. Anfang August einigten sie sich auf dem Berliner Diesel-Gipfel auf einen faulen Kompromiss: Die Autokonzerne rüsten fünf Mio. der insgesamt 8,6 Mio. Diesel-PKW mit einer Software um, die den Stickoxidausstoß um 25-30 Prozent senken soll. Dies gilt nur für PKW der Euro-Norm 5 und 6. Eingerechnet sind 2,5 Mio. PKW von VW, die ohnehin umgerüstet werden müssen. Zudem gilt: „Dank Kanzlerin Merkel dürfen Euro-6-PKW den Grenzwert bis September 2020 um das 2,1-fache überschreiten." (Südwestpresse, 27.7.2017)



Das Software-Update beim VW (Motor EA 189) bedeutet laut Spiegel: Die Abgasreinigung bleibt bei weniger als 15 Grad plus und mehr als 33 Grad sowie bei mehr als 250 Meter Seehöhe abgeschaltet - um den Motor zu schonen!
Strikt lehnen die Auto-Konzerne eine Hardware-Lösung durch den Einbau eines ausreichend großen AdBlue-Tanks zur Verringerung der Stickoxide ab. Dies würde den NOx-Ausstoß um 90 Prozent senken. Aber der Umbau ist teurer und gefährdet die Profite der Konzerne. Sie wollen lächerliche 500 Mio. Euro von ihren 190 Milliarden Euro Gewinnen in den letzten sechs Jahren locker machen.

Staatsversagen: Ausbau des ÖPNV und der Bahn

Die aktuelle Diskussion klammert nicht nur den Bus- und LKW-Verkehr aus, ohne den eine wirksame Verringerung der Stickoxid-Werte nicht zu erreichen ist, sondern man schweigt über das systematische, jahrzehntelange Versagen beim Ausbau des Bahn-Verkehrs und des ÖPNV.
Die starke Verkehrszunahme in die Innenstädte ist besonders dem vernachlässigten ÖPNV mit den Berufspendlern geschuldet und der Verlagerung des Güterverkehrs von der Schiene auf die Straße. Dazu verlieren die ehemals „Grünen" kein einziges Wort. Dabei erfahren die Pendler die Nöte ausgefallener und verspäteter S-Bahnen um Stuttgart tagtäglich. Die Schlamperei im Bahnvorstand beim Regionalverkehr hat dazu geführt, dass die DB ein Drittel ihrer Zugkilometer an private Konkurrenten verloren hat. Noch schlimmer im Güterverkehr: Nur noch 18 Prozent der Güter werden von der DB auf der Schiene transportiert, über 71 Prozent sind auf die Straße verlagert. Die Schweiz investiert pro Kopf 378 Euro in den Bahnverkehr, Österreich 198 Euro, Deutschland lächerliche 64 Euro. 66 Prozent der staatlichen Infrastrukturmittel steckt Österreich in die Schiene, die Schweiz 60 Prozent. Kein Wunder: Ihre Konzepte einer Bürgerbahn gehen von der Gesundheit der Bevölkerung aus. Die „grüne" Autopartei mit Ministerpräsident Kretschmann macht sich jetzt für einen 'modernen' Diesel stark und benutzt dabei den Industrie-Slogan von der „Übergangstechnologie". Der Ministerpräsident nennt den Ausstiegstermin aus Verbrennungsmotoren 2030 als „Schwachsinnstermin" (21.6.2017) und den ersten Diesel-Gipfel einen 'guten Erfolg'.

Dafür steht ***DIE LINKE***: Um unsere Gesundheit anstelle der Konzernprofite zu schützen, brauchen wir eine grundlegende Umkehr zugunsten des Schienenverkehrs und des ÖPNV! Wie in der Schweiz müssen in LKWs und Busse auf Kosten der Konzerne verpflichtend Partikelfilter eingebaut und der Schienenverkehr massiv ausgebaut werden. In den Kommunen müssen die 250.000 Dieselfahrzeuge sofort mit Blue Tec und Harnstoffkatalysatoren umgerüstet werden, weil dadurch 90 Prozent des Stickstoff-Ausstoßes reduziert werden können.



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE"
Rottenburg

Heute prekärer Job! – Im Alter arm?

Veranstaltung von VHS Rottenburg und des Bündnisses für Familie

„Ich mach jetzt erst mal Abi und geh dann für ein Jahr ins Ausland, Australien oder Kanada. Alles andere guck ich später mal." - „Bis ich alt bin, gibt's sowieso keine Rente mehr." - „Mein Vater hat gesagt, ich soll 'ne Lebensversicherung abschließen, auf die Rente ist kein Verlass." - „Wer blickt denn heute noch durch die ganzen Rentenmodelle durch, vergiss' es!" - „Ich will jetzt gut leben. Wenn es für die Alten nicht reicht, is' doch deren Schuld."

Warum sollten sich junge Menschen heute für ihre Rente in 40 Jahren interessieren?

Stimmt es überhaupt, dass die Löhne von heute etwas mit den späteren Renten zu tun haben? Und gibt es heute schon Altersarmut oder ist das alles nur Panikmache? Was muss ich verdienen, um später nicht arm zu sein?

Diesen Fragen wollen die Gäste von ver.di (Martin Gross), des VdK (Jürgen Neumeister) und der Caritas (Frau Stetter-Karp) auf Einladung der VHS Rottenburg und des Bündnisses für Familie nachgehen. Die Moderation hat Michael Hahn (Schwäbisches Tagblatt).

Montag, 9. Oktober 2017
ab 19.30 Uhr, Eintritt frei!

Zur Einstimmung auf den Diskussionsabend läuft der Film

„Ich, Daniel Blake"
(Goldene Palme, Cannes)

Freitag, den 6. Oktober 2017
18 Uhr
Kino Waldhorn

Bundestagswahl 2017
Tübingen
Wahlkreis 290

Heike Hänsel:
SOZIAL. GERECHT. FRIEDEN. FÜR ALLE!



DIE LINKE.

Zweitstimme für DIE LINKE.

Unsere sechs für den Bundestag:
Die Zweitstimme ist wichtig. Sie entscheidet über die Zusammensetzung des Bundestags. Mit ihr wählen Sie die Kandidatinnen und Kandidaten unserer Landesliste.



Listenplatz 1
Bernd Riexinger
Stuttgart



Listenplatz 2
Heike Hänsel
Tübingen



Listenplatz 3
Gökay Akbulut
Mannheim



Listenplatz 4
Tobias Pflüger
Freiburg



Listenplatz 5
Jessica Tatti
Reutlingen



Listenplatz 6
Michel Brandt
Karlsruhe

Heike Hänsel ist Bundestagsabgeordnete, geboren 1966. Sie kandidiert für die LINKE im Wahlkreis Tübingen-Hechingen und auf Landeslistenplatz 2.

Schon lange bin ich in der Friedensbewegung aktiv und arbeite nun im Parlament für eine aktive Friedens- und Entwicklungspolitik. Ich engagiere mich für gerechten Handel statt Freihandel und für ein solidarisches Europa der Menschen statt der Banken und Konzerne. In Baden-Württemberg liegen mir bezahlbare Mieten am Herzen. Rüstungsschmieden wie Heckler&Koch auf zivile Produktion umstellen, US-AFRICOM und US-EUCOM schließen. Ich unterstütze Gewerkschaften für Gute Arbeit und Erwerbslosen-Initiativen gegen Hartz-IV-Schikanen.

Mit Ihrer Stimme möchte ich mich weiterhin einsetzen für soziale Gerechtigkeit statt Agenda 2010, für Friedenspolitik statt Auslandseinsätze der Bundeswehr, für Inklusion, Demokratisierung und Mitbestimmung statt Politik von oben!

Engagement & Mitgliedschaften:

attac, DFG-VK, Friedensplenum/Antikriegsbündnis Tübingen, Gesellschaft Kultur des Friedens, pax christi, VVN-BdA, ver.di

So erreichen Sie mich:

- www.heike-haensel.de
- heike.haensel@wk.bundestag.de
- facebook.de/heikehaenselmdb
- Heike Hänsel, Pfleghofstr. 8
  72070 Tübingen
- 07071-208811

Flinten-Uschis Nachtgebet

Es war Dienstag, der 22. August, um 22 Uhr 50, als die sogenannte Verteidigungsministerin der Bundesrepublik im *heute-journal* in euphorischen Jubel auszubrechen schien.

Hatte der amerikanische Präsident Donald Trump doch versprochen, dass er zusätzlich 4000 Soldaten nach Afghanistan schicken wolle, um gegen Terroristen und den Taliban gestärkt vorgehen zu können.
Ursula von der Leyen fand die Ankündigung im Interview sehr, sehr positiv, zeige die Äußerung des Präsidenten doch, dass er in Afghanistan eine „nachhaltige Strategie der militärischen Befriedung“ verfolge.

Das fand dann auch unsere Ministerin ganz, ganz toll und es ist ein sprachliches Lehrstück aus dem Munde einer Politikerin, was sie und Kollegen unter dem einstmals positiv besetzten Begriff „nachhaltig“ zu verstehen gedenken.
Möglicherweise meint hier die ministeriell herbeigesehnte Nachhaltigkeit im Kriegsgeschehen am Hindukusch die Auslöschung all jener „Humankräfte“, die sich dem westlichen Denken und der postkolonialen Ausbeutung entgegensetzen. Damit hätte sich der Begriff Nachhaltigkeit ins Wörterbuch des Euphemismus eingeschrieben, der Ansammlung jener Wörter und Begriffe, die Schreckliches beschönigen sollen. Also z. Beispiel Wörter wie: Säuberung, Verteidigungsministerium, Liquidierung, Tarnkappenbomber, Heckenschütze, bildungsfern, altersarm u.v.a.

Und täuschen wir uns nicht: Auch in der Sprache der Kommunalpolitik wird der Begriff „Nachhaltigkeit“ oft und oft missbraucht. Er wird missbraucht, wenn die unreflektierte Ansiedlung von Handwerk und Industrie mit einer anheimelnden grün-romantischen Wortakrobatik schmackhaft gemacht werden soll. Seien wir also auf der Hut, wenn uns angeblich Nachhaltiges aufgetischt wird. Übrigens will Donald Trump zur Durchsetzung seiner Kriegspolitik in Afghanistan wieder Söldner einsetzen. Der Präsident nennt die Haudegen „Sicherheitsprofi“, die ihr Geld mit der „Liquidierung“ von „Feinden der Demokratie“ und ihrer „Wertegemeinschaft“ verdienen wollen und schrecklich unglücklich sein müssen, wenn der Krieg am Hindukusch zu Ende wäre.

Seien wir also nachhaltig wachsam, wenn unsere Volksvertreter das Zauberwort in den Mund nehmen. Und noch etwas: Den nachhaltig arbeitenden Verbrennungsmotor, den gibt es nicht.



Christian Hörburger

Gemeinderat

„DIE LINKE“
Rottenburg - Obernau

Start ins neue Schuljahr:

Lehrermangel beim Pflichtunterricht, Inklusion und Integration gefährdet

Pünktlich zum Start ins neue Schuljahr produziert die Grün-schwarze Landesregierung besonders an Grund- und Berufsschulen ein Chaos, indem nicht genügend Lehrkräfte für den Pflichtuntericht vorhanden sind.

Vor den Sommerferien hatte sie noch tausende angestellte Lehrer in den unbezahlten Urlaub und in die Job-Center geschickt, damit sie dort Hartz IV beantragen können und die Landesregierung ein Monatsgehalt spart. Die Abwerber aus der Schweiz werden in Südbaden leichtes Spiel gehabt haben. „Durch die grün-schwarze Sparpolitik gibt es an 4.500 Schulen im Land ab nächster Woche 700 Stellen weniger als im Schuljahr 2016/17“, so die GEW-Vorsitzende Doro Moriz.

Neben fehlenden Anstrengungen bei der Inklusion behinderter Kinder bemängelte sie die Streichungen von jetzt 200 Stellen bei der Förderung von jungen Flüchtlingen, im nächsten Schuljahr will Stuttgart weitere 600 Stellen streichen – die Integration steht auf dem Spiel.

Massiven Unterrichtsausfall und ein Scheitern der Integration befürchtet auch der Berufsschullehrerverband, da landesweit 437 Berufsschullehrer fehlen, so der Vorsitzende Herbert Huber. Im nächsten Jahr sollen weitere 600 Stellen gestrichen werden. Die Fortbildung der Lehrkräfte hat die Landesregierung faktisch halbiert, angesichts der Herausforderungen durch die Digitalisierung und durch junge Flüchtlinge ein Unding. Insgesamt fordert der Verband für nächstes Jahr 1.480 neue Stellen, denn der Unterrichtsausfall – so der Handwerkstag – liegt in manchen Regionen „weit über zehn Prozent“.
Offensichtlich hat die Landesregierung die neuen Schülerzahlen noch nicht wahrgenommen. Denn das Land braucht laut GEW jährlich 1.400 bis 1.500 Studienanfänger, hat aber die Plätze an den Pädagogischen Hochschulen noch nicht erhöht, so dass bei 14 Prozent mehr Grundschülern in 2016 der Unterrichtsausfall und Lehrermangel vorprogrammiert ist.

Besonders enttäuscht zeigt sich Carsten Rees vom Landeselternbeirat von den Grünen, die sich „aus der Bildungspolitik praktisch verabschiedet“ haben.Er rief die Eltern zu Protestaktionen gegen den Unterrichtsausfall ab dem ersten Schultag auf. Denn sonst lernen die SchülerInnen, was die Schwarze Null von Schäuble (CDU) und Edith Sitzmann (Grüne) bedeutet.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!
Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!
Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!

Die Tunnelkatastrophe von Rastatt - düstere Vorboten für Stuttgart 21?

Am 12. August wurde die Rheintalstrecke, die wichtige Nord-Süd-Verbindung der Bahn mit Zufahrt zum Schweizer Gotthard-Tunnel, zwischen Rastatt und Baden-Baden unterbrochen. Was war passiert? Die bisherige Trasse durch Rastatt wird auf einer Länge von 4000 Metern untertunnelt, ein Großprojekt, das neben Stuttgart 21 das zweitgrößte Bauvorhaben der Bahn ist.

An einer Stelle, an der der neue Bahntunnel mit nur fünf Meter Erdüberdeckung direkt unter der alten Bahntrasse führt, stürzte er plötzlich ein, so dass es im darüber liegenden Gleisbett zu Senkungen und Verwerfungen kam. Glücklicherweise kam es zu keinen Personenschäden, jedoch mussten sicherheitshalber einige Häuser geräumt werden. Die Bahn behauptet, sie konnte aufgrund eines Vorwarnsystems die Strecke noch rechtzeitig sperren, Kritiker dagegen gehen davon aus, dass ein darüberfahrender Zug den Vorfall ausgelöst hat. Nicht auszudenken, wenn dabei ein Zug verunglückt wäre.

Der Untergrund an dieser Stelle besteht nicht etwa aus solidem Festgestein, sondern aus lockeren Ablagerungen. Wer hier Löcher bohrt, muss damit rechnen, dass der Boden instabil wird. Und dann steht auch noch das Grundwasser in der Rheinebene schon ziemlich hoch. Deshalb wurde hier ein bisher wenig erprobtes Verfahren angewandt, bei dem der Boden durch Vereisung stabilisiert werden sollte, was aber aus bislang ungeklärten Gründen nicht ausreichend funktionierte. Durch Verrutschen eines Tübbings (Betonsegments) kam es zu einem Wasser- und Schlammeinbruch, wobei sogar die 40 Millionen Euro teure Herrenknecht-Tunnelbohrmaschine zerstört wurde und aufgegeben werden musste.

Als Sofortmaßnahme wurde zur Stabilisierung die Oströhre des Tunnels auf einer Länge von 50 Metern mit Beton aufgefüllt. Nun folgt nach Auskofferung des Gleisbettes das Einbringen einer einen Meter dicken und 150 Meter langen Betonplatte. Um den Zugverkehr wieder aufnehmen zu können, muss die Strecke noch bis mindestens 7. Oktober voll gesperrt bleiben. Wie es dann mit dem Tunnelbau weitergehen soll, ist noch völlig unklar.

Die Unterbrechung dieser wichtigen Verbindung hat jedoch noch ganz andere weitreichende Folgen, denn täglich müssen 200 schwere Güterzüge umgeleitet werden. Züge des Personennahverkehrs fallen aus und werden durch Busse ersetzt, was für die Fahrgäste erhebliche Verzögerungen zur Folge hat. Fernverkehrszüge werden großräumig umgeleitet, der TGV von Stuttgart nach Paris fährt nicht mehr über Straßburg, sondern über Mannheim/Saarbrücken. Der wirtschaftliche Schaden beläuft sich auf 300 Millionen Euro.



Für den Güterverkehr wurden drei Umleitungsstrecken geschaffen. Weil auch die Gäubahn bei Herrenberg wegen Bauarbeiten bis zum 6. September gesperrt war, führte eine von ihnen durch unsere Region über die Neckar-Alb-Bahn von Plochingen nach Tübingen und weiter über die eingleisige und nicht elektrifizierte Strecke nach Horb.

Über diesen Flaschenhals wurden täglich 24 Stunden lang 40 schwere Güterzüge geschleust, wobei vor die E-Lok noch eine Diesellok gehängt wurde. In Rottenburg wurde sogar ein mit einer Diesellok bespannter ICE gesichtet. Für die Anwohner ist dies eine unerträgliche Belastung durch Lärm und Erschütterungen. Da die Güterzüge ein uneingeschränktes Vorfahrtsrecht haben, wurden, mit Ausnahme des Berufsverkehrs, alle Nahverkehrszüge zwischen Tübingen und Horb gestrichen und durch Busse ersetzt.

Dabei ist es vor allem die Bahn und die Verkehrspolitik, die wieder einmal versagt haben, und nicht nur bei der Tunnelbaustelle in Rastatt. Weil jahrzehntelang zu wenig in die Schieneninfrastruktur investiert und, z. B. durch das Entfernen von Weichen, die Kapazität des Schienennetzes stark reduziert wurde, kann die Bahn bei einem derartigen Vorfall gar nicht mehr angemessen reagieren und ausreichend Ersatzstrecken zur Verfügung stellen. Sie ist weder auf solche Situationen vorbereitet noch kann sie diese kommunizieren, so dass es schnell zu Kapazitätsengpässen kommt. Als Folge müssen jetzt Güter auch über die Strasse oder per Schiff transportiert werden.

Über die Ursache des Unglücks gibt sich die Bahn wortkarg, nur scheibchenweise kommen Informationen ans Licht. Offenbar weiß sie selbst nicht, wie es nun weitergehen soll. Dabei verkündete sie vor dem Vorfall lautstark, für den Tunnelbau „die technisch beste Lösung bei laufendem Betrieb“ gefunden zu haben.

Der Unfall in Rastatt lässt nichts Gutes für Stuttgart 21 ahnen, denn die Parallelen zeigen sich überdeutlich. In Stuttgart sollen 20 Kilometer Tunnel durch quellfähiges Anhydritgestein geführt werden, was noch größere Risiken birgt. Im Bereich des Feuerbacher Tunnels wurde einfach drauflos gebohrt, ohne dass das Gestein ausreichend untersucht wurde. Und das angewandte Bauverfahren ist auch hier zu wenig erprobt, um gleich bei einer Baustelle dieses Ausmaßes „experimentell“ eingesetzt zu werden.

Der neue Bahnchef Lutz aber ist „finster entschlossen“, Stuttgart 21 gegen jegliche Bedenken „zu einem guten Ende“ zu führen, und das gegen alle Widerstände. Das Unglück von Rastatt sollte eigentlich die letzten S21-Befürworter aufrütteln, so dass es so nicht weitergehen kann.

Wir können nur hoffen und darauf hinwirken, dass es bei Stuttgart 21 nicht zu einer solchen oder noch größeren Katastrophe kommt. Noch ist Zeit für das Alternativprojekt „Umstieg 21“. Deshalb wollen wir auch weiterhin den Finger in die Wunde legen, um auch die Unverbesserlichen zum Umdenken zu bewegen, und vor allem

OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

„abgrundtief + bodenlos“ – Stuttgart 21 und sein absehbares Scheitern

So lautet der Titel des neuesten Buches des kritischen Verkehrsexperten und Publizisten Winfried Wolf. Er legt hier das erste Buch vor, das die gesamte Geschichte von Stuttgart 21 ausbreitet, dessen zerstörerischen Charakter analysiert und den Bürgerprotest umfassend darstellt (Stand Frühsommer 2017). Nachfolgend die einzelnen Themenbereiche kurz zusammengefasst:

Vorwort von Volker Lösch: Stuttgart brennt – immer noch - Bei Stuttgart 21 ging es nie um die Verbesserung des Bahnverkehrs, sondern nur um die Konzerne und die Autolobby, eine reine Machtdemonstration, um ein reines Immobilienprojekt durchzudrücken.



Großprojekte laufen nun mal aus dem Ruder - Hier wird Stuttgart 21 im Zusammenhang mit anderen Großprojekten gesehen, wobei Vergleiche zum Berliner Großflughafen BER und zur Hamburger Elbphilharmonie gezogen werden.

Die S21-Machbarkeitsstudie von 1995 und der Stand der Wissenschaft 2017 - Die Machbarkeitsstudie kann als Gründungsurkunde von Stuttgart 21 bezeichnet werden und ist geprägt vom Geist jener Zeit, als Markt und Profit allein als zukunftsträchtig angesehen wurden. Demnach ist der Kopfbahnhof nicht mehr zeitgemäß und weniger leistungsfähig als ein Durchgangsbahnhof. Doch nachdem ähnliche Projekte in Frankfurt, München und Lindau kläglich gescheitert sind und aufgegeben werden mussten, wollte man in Stuttgart ein Exempel statuieren. Demgegenüber gibt es heute auch warnende Stimmen, so in den Gutachten von Vieregg-Rössler (Kosten 10 Milliarden Euro) und KPMG (Termin- und Kostensituation). Sogar der Bundesrechnungshof sieht die Kostenfrage kritisch. Außerdem wurde von Kritikern das Alternativprojekt „Umstieg 21“ vorgestellt.

Die Gründe, warum Stuttgart 21 nicht zustande kommt - In neuesten Gutachten wird bestätigt: Die sechsfach überhöhte Gleisneigung von 15 Promille stellt ein Sicherheitsrisiko dar. Auch ist erwiesen, dass der Tiefbahnhof infolge des Kapazitätsabbaues die Leistungsfähigkeit einschränkt. Das quellfähige Anhydrit in 20 km Tunnel stellt ein nicht kalkulierbares Risiko dar. Stuttgart 21 wird weit mehr als 10 Milliarden Euro kosten und ist somit ein Fass ohne Boden.

Stuttgart 21, die Landesregierung von Baden-Württemberg und die Stadt Stuttgart - Seit seiner Vorstellung 1994 wurde Stuttgart 21 von allen Landesregierungen und allen Stuttgarter OBs mitgetragen, ganz gleich welcher Couleur. Aber die Baulobby kennt bei Stuttgart 21 keine Parteien, sondern nur S21-Befürworter. Von der ab 2011 amtierenden grün-roten Landesregierung wurde allgemein erwartet, dass diese S21 stoppen oder zumindest verzögern würde, was mitnichten der Fall war. Sie sah sich durch die „Volksabstimmung“ bestätigt, dass S21 „konstruktiv-kritisch“ begleitet weitergebaut werden sollte. 2012 folgte der sog. Filderdialog, auch Filder-„Dialüg“ genannt, weil hier die Fakten verdreht wurden, als es darum ging, die Gäubahn nicht über den Flughafen, sondern weiterhin über die Panoramastrecke zu führen. Die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm ist mit 35 Promille Steigung wesentlich weniger energieeffizient als die bisherige Filstalstrecke mit 23 Promille. Darüber hinaus geht die nach München angestrebte Fahrzeitverkürzung von 23 Minuten gegen Null, wenn man die 20 Minuten abzieht, die infolge maroder Gleisanlagen zusätzlich benötigt werden.

Wer macht sowas? Warum machen die das? Und wie kriegen die das hin? - Hier erfolgt ein ausführlicher Einblick in die S21-Lobby, insbesondere in die Lobbyarbeit der Betonmafia auf Bundesebene, die S21-Lobby in Baden-Württemberg bzw. in Stuttgart sowie die Lobbyarbeit der deutschen Bahn AG.

Kapitalistische Krise, Bahnprivatisierung und Bodenspekulation - Hier wird die aktuelle Profitklemme bei Stuttgart 21 beschrieben. Darüber hinaus wird auf die Bahnprivatisierungen in verschiedenen Ländern im Zusammenhang mit Immobilienspekulation eingegangen, was auch bei Stuttgart 21 der Fall ist.

22 Jahre Widerstand gegen Stuttgart 21 - Dieser wird in drei Phasen unterteilt. In der ersten Phase von 1995 bis 2009 bildete sich der erste Widerstand. Zum Höhepunkt kam es dann in der zweiten Phase der Jahre 2010/2011, als er mit dem Abriss des Nordflügels und dem brutalen Polizeieinsatz am „Schwarzen Donnerstag“, erst so richtig hochkochte und sogar die Weltmedien beschäftigte. Dabei kam es zu Massendemonstrationen mit bis zu 100.000 Teilnehmern. Es war auch die Zeit der Schlichtung mit Heiner Geissler, des sog. „Stresstests“ und der Fällung der Bäume im Schlossgarten. Im Frühjahr 2011 folgte die Landtagswahl, bei der die Grünen wegen ihrer S21-kritischen Haltung als Sieger hervorgingen. Winfried Kretschmann, erster grüner Ministerpräsident, wurde aber schnell zum Umfaller und sorgte somit für Ernüchterung. Daraufhin folgte noch die sog. „Volksabstimmung“. In der dritten Phase ab 2012 zeigte sich der lange Atem der Protestbewegung bis zum heutigen Tag. u. a. mit insgesamt mehr als 350 Montagsdemos.

Der „Spalt, durch den das Licht fällt“ - Ein dreißigjähriger Krieg gegen die Stadt mit folgenden Themen: „Stuttgart 21 und die Klimapolitik“, „Stuttgart 21 und der Krieg gegen Vernunft und Logik“, „Anhydrid, ‚Nach uns die Sintflut’ bzw. ‚Wir sind dann mal weg’“, „Tunnelmania und Männlichkeitswahn“, „Eine Staatsräson, die ‚finster entschlossen’ durchzusetzen ist“, „Bürgerbewegung mit langem Atem: ‚Umstieg21’“ und schließlich „Um was es geht: Recht auf Stadt“.

Ein sehr empfehlenswertes Buch für alle, die sich mit dem Wahnsinnsprojekt Stuttgart 21 näher befassen wollen. Winfried Wolf hat das schier Unmögliche geschafft, alle wichtigen Fakten mit zahlreichen Quellenangaben auf 300 Seiten zusammenzufassen, was sonst Bände füllen würde.

Jürgen Hückstädt, Rottenburg

Die verdrängte Obdachlosigkeit

Rottenburg braucht eine volle Sozialarbeiterstelle

Die Wohlfühlpolitik der CDU drängt immer mehr benachteiligte Menschengruppen an den gesellschaftlichen Rand. Dazu gehören vor allem diejenigen, die keine reiche Lobby haben.

Bezeichnend ist, dass es bundesweit über die Obdachlosen keinerlei genaue Daten, sondern nur Schätzungen gibt, wie der Erste Armuts- und Reichtumsbericht für Baden-Württemberg feststellt: „Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. schätzte, dass 2012 von bundesweit ca. 284.000 Wohnungslosen rund 6,6 Prozent Alleinerziehende oder Paare mit Kindern waren, landesspezifische Zahlen lagen nicht vor. (...) Gegenüber 2010 bedeutet dies einen Anstieg um 15 Prozent. Der Anteil wohnungsloser Frauen ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen und betrug 2013 rund 27,3 Prozent."



Deshalb wollte ***DIE LINKE*** wissen, wie die Situation in Rottenburg aussieht, und sprach mit **Julia Mildner-Powell, Diplompädagogin und Geschäftsführerin der OASE**.

Frau Mildner-Powell, Sie haben ja kürzlich die Leitung der OASE übernommen: Können Sie uns kurz darstellen, wann und wie es zur Gründung der OASE kam?

Die OASE wurde 1981 von meiner Mutter Elke Mildner, einer trockenen Alkoholikerin gegründet. Ihr war klar, dass es einen Bedarf an Betreuung und Wohnraum für trockene Alkoholiker gibt, die eine Therapie hinter sich haben und trocken leben wollen. In der Regel können solche Menschen nicht zurück in ihre alte Wohnumgebung, da die Rückfallgefahr dort recht hoch ist.

Welche Ziele hat die Oase und welche Einrichtungen in der Stadt gehören zu ihr? Wie viele Mitarbeiter gibt es?

Die OASE ist eine therapeutische Wohngemeinschaft für chronisch mehrfach geschädigte Suchtkranke. Die Einrichtung ist auf Alkoholkranke spezialisiert. Sie bietet abstinenten Alkoholikern eine trockene Heimat. Hier arbeiten fünf hauptamtliche MitarbeiterInnen, die von einem ehrenamtlichen Team unterstützt werden. Wir arbeiten in Kooperation mit dem RastHaus e.V., der vor fünf Jahren gegründet wurde, der sich auf die Wohnungslosenhilfe spezialisiert hat. Dort wird - derzeit nur auf Spendenbasis mit zwei 50 % Stellen - Menschen Begegnungen, Beratung und Wohnraum angeboten. Aktuell betreuen wir vier Menschen im Aufnahmehaus "Unterschlupf" und 24 Personen in sonstigem Wohnraum. Der Rasthaus e.V. betreibt eine Kleiderkammer und die Caritas bietet in unseren Räumen allgemeine Sozialberatung an.

Wen wollen Sie mit den Angeboten der OASE und des RastHaus e.V. besonders ansprechen?

Die OASE spricht suchtkranke Menschen an: Alkoholkranke, Spielsüchtige, etc. Das Rasthaus ist für Menschen mit Wohnungslosigkeit zuständig.

Übernehmen Sie mit Ihrer Arbeit auch Aufgaben der Stadt oder des Landkreises? Erhalten Sie öffentliche Zuschüsse für Ihre Arbeit?

Ja, es gibt für die Oase öffentliche Zuschüsse. Die Betreuung der Alkoholkranken fällt unter die Eingliederungshilfe nach SGB XII, § 53. Die Unterbringung von Obdachlosen aus der Stadt Rottenburg ist eine städtische Aufgabe, die wir zum Teil im Auftrag der Stadt erledigen. Die Betreuung ist wiederum Landesaufgabe. Schwierig wird es bei Menschen in Not, die nicht aus Rottenburg stammen, oder bei Menschen, die einen erhöhten Betreuungsbedarf haben.

Können Sie uns etwas genauer schildern, wie gegenwärtig die Situation der Obdachlosen im Landkreis Tübingen aussieht? Wie hat sich ihre Anzahl verändert? Welche Altersgruppen sind von Obdachlosigkeit betroffen?

Obdachlose aus und in der Stadt Tübingen werden dort in Einrichtungen unterschiedliche Träger betreut. In Tübingen gibt es verschiedene Angebote für Männer und Frauen. In Rottenburg gibt es die städtischen Notunterkünfte und den Rasthaus e.V, aber kein Betreuungsangebot. Es gibt auch keine Fachberatungsstelle für Wohnungslose wie in Tübingen. Die Anzahl der Unterbringungen steigt stetig. Die Altersgruppe der Wohnungslosen ist sehr weit gefächert. Von ganz jungen Menschen bis ins hohe Alter ist Wohnungslosigkeit ein Problem. Auslöser sind Kündigungen, Sucht, persönliche Schwierigkeiten, häusliche Konflikte, psychische Erkrankungen …

Warum wird es immer dringlicher, eine Sozialarbeiterstelle in Rottenburg für diesen Bereich einzurichten?

Die Vernetzung unserer Arbeit ist enorm wichtig. Es gibt den klassischen Obdachlosen nicht mehr, sondern viele Suchtkranke, sehr viele psychisch Kranke, die sich gar nicht als krank wahrnehmen. Hier braucht es Koordinationsarbeit. Es wäre fantastisch, wenn die Wohnungslosenhilfe aus Tübingen eine Fachberatung in Rottenburg anbieten könnte und wir in Rottenburg die nötige Zeit hätten, um unsere Zielgruppe fachkompetent betreuen zu können.

Frau Mildner-Powell, wir danken Ihnen für Ihre offenen Antworten und wünschen Ihnen und Ihrem Team viel Erfolg für Ihre weitere Arbeit.

Rottenburgs Schulpolitik
OB Neher versagt

Ist es politische Profilierungssucht oder schlicht Unkenntnis in der Bildungspolitik?
Mit einem Offenen Brief an seine Parteikollegin Eisenmann (CDU) forderte OB Neher die Kultusministerin auf, den Antrag des Tübinger Gemeinderats auf Bildung einer Oberstufe an der Gemeinschaftsschule West zum Schuljahr 2018/19 abzulehnen.

Kurz zuvor war ein „Schlichtungsgespräch" im Regierungspräsidium (RP) gescheitert. OB Neher zufolge hat das RP dem Kultusministerium empfohlen, den Tübinger Antrag anzunehmen. Rottenburgs Gemeinderat erfuhr von diesem „Offenen Brief" Nehers mal wieder erst durch die Presse, obwohl Neher im Brief im Majestätsplural von „Wir" spricht, als würde er die Meinung des Gemeinderats darstellen – wie Margarete Nohr (SPD) zurecht kritisierte.

Vermeintliche Hauptstütze Nehers ist das Gutachten des Tübinger Bildungsforschers Thorsten Bohl von 2015. Bohl stellte selbst aufgrund alter Schülerzahlen fest, dass es an den drei Tübinger Gemeinschaftsschulen mehr als 60 SchülerInnen für eine gymnasiale Oberstufe geben würde, ohne die beruflichen Gymnasien in ihrer Existenz zu gefährden. Höchstens ein Profil, das jetzt schon wenig gefragt ist, sei gefährdet.

Der aktuelle Lehrermangel an Berufsschulen ist wesentlich gefährlicher als Nehers Horrorszenario. Aufgrund veralteter Zahlen behauptet Neher, dass die Rottenburger Beruflichen Gymnasien gefährdet seien. Ende 2016, also vor einem knappen Jahr, hat das Kultusministerium die Prognosen für die Entwicklung der Schülerzahlen im Ländle selbst korrigiert, Zahlen, die Neher konsequent ignoriert. Danach steigen die Schülerzahlen ab 2019/20 stetig an, insbesondere die von der CDU heftig bekämpften Gemeinschaftsschulen können mit einem Zuwachs von aktuell 35.600 Schülern auf 113.400 Schülern in 2025 rechnen.

Damit will Neher aber auf keinen Fall rechnen. Willfährig blockt Kulturamtsleiter Geppert jegliche vorausschauende Planung ab. Die höchste Geburtenrate im Ländle seit 1974 (1,51 Kinder pro Frau) lässt ihn genauso unberührt wie Nehers Jubel über Rottenburgs Bevölkerungszuwachs und der Zuzug von Studenten und jungen Familien ins Kreuzerfeld Süd: „Wir kalkulieren keine statistischen Prognosen. Sondern wir rechnen mit den Kindern, die tatsächlich beim Einwohnermeldeamt registriert sind." Komisch! - Bei Gewerbegebieten weigert sich die Stadt, von der tatsächlichen Nachfrage auszugehen und preist ihre „angebotsorientierte" Politik. Bei den Kindern wird der Zuwachs schlicht geleugnet, obwohl die Erfahrung zeigt, wie lange es braucht, um Kitas und Schulen zu bauen oder zu sanieren.

Jetzt wird über Nacht eine dreigruppige Kita-Gruppe im neuen DHL-Wohngebiet ins Leben gerufen und für die Grundschule Kreuzerfeld müssen Container aufgestellt werden, um alle Kinder unterzubringen – verlorenes Geld durch Fehlplanung!

Nachdem die gut bewährte Zusammenarbeit von Grundschule und Haupt-/Werkrealschule auf dem Hohenberg von der Stadt zerschlagen und eine Gemeinschaftsschule für die Kernstadt verweigert wurde, steht die „Bildungsstadt" Rottenburg vor einem Scherbenhaufen einer zukunftsorientierten Schulpolitik.

Mal sehen, ob die künftige Schülerzahlentwicklung für die Gemeinschaftsschule im Gäu (Ergenzingen) endlich im Sozialausschuss besprochen wird und damit auch die anderen Probleme aufs Tablett kommen – *DIE LINKE* wird dafür sorgen!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Marode Brücken auch in Rottenburg

Presseerklärung der Gemeinderatsfraktion ***DIE LINKE*** Rottenburg (11.9.2017)

Nach einer jetzt bekannt gewordenen Untersuchung weisen 1.086 Eisenbahnbrücken in Deutschland so gravierende Schäden auf, dass sich eine Reparatur nicht mehr lohnt. Dazu gehören auf Rottenburger Gemarkung die Brücke über den Rohrhaldenbach (Baujahr 1927) in Kiebingen und die Brücke über die Gosbertstraße (K 6939) in Ergenzingen (Baujahr 1927) auf der Strecke Stuttgart – Horb. Ihr Zustand gefährdet den Personen- und Güterverkehr. Durch die Umleitungen von Güterzügen aufgrund der Schäden auf der Rheintalstrecke dürfte ihr Zustand noch schlechter geworden sein.

Auf der Zollernalbbahn sind elf Brücken marode, die Strecke gehört zu den zehn Bahnstrecken in Deutschland mit den meisten maroden Brücken. Laut der Untersuchung (Spiegel-Online, 7.9.2017) ist der überwiegende Teil der Schäden schon seit 2014 bekannt: Dies belegt die unverantwortliche Verschleppung bei der Sanierung der Bahninfrastruktur und die umweltschädliche Bevorzugung des Straßenverkehrs durch Bundesverkehrsminister Dobrindt.

Die Gemeinderatsfraktion der Linken in Rottenburg fordert die Stadt auf, umgehend gegenüber Landes- und Bundesregierung eine Initiative zu starten, damit der gefährliche Zustand der Brücken in Rottenburg behoben wird. Sie fordert den Kreistag Tübingen auf, bezüglich der Zollernalbbahn ebenfalls initiativ zu werden. Außerdem ist es nötig, den seit über 20 Jahren verschleppten Ausbau der Gäubahn jetzt in Angriff zu nehmen und angesichts des Dieselskandals den Schienenverkehr und den ÖPNV zu stärken.

Gewerbegebiet Galgenfeld

Neue Erkenntnisse?

Anfang August hatte das Aktionsbündnis „Kein Gewerbegebiet Galgenfeld“ zu einer Diskussion in den Vereinsraum Kiebingen geladen, vor allem um die Grünen endlich zu einer klaren Positionierung aufzufordern.

Gekommen waren auch Vertreter der SPD, der CDU, der Freien Bürger und der ***LINKEN***. Als einzige beide Fraktionen hatten Freie Bürger und ***LINKE*** das Aktionsbündnis seit Beginn bei den Unterschriftensammlungen massiv unterstützt, etwa 1.700 Unterschriften liegen bisher vor.



Laut **Jörg Bischof** hat **die Grünen** die öffentliche Diskussion „auf dem falschen Fuß“ erwischt, deshalb brauchten sie fast ein Jahr für ihren internen Klärungsprozess. Viele der 70 Anwesenden fanden das ein Armutszeugnis und fragten ihn, was an dieser Partei eigentlich noch ökologisch ist. Auch sein Vorschlag, Besitzer von Gewerbeflächen zu enteignen, wenn diese nicht innerhalb eines Zeitraums dafür genutzt werden, fand keinen Beifall. **Gabriele Hagner (CDU)** forderte mehr Gewerbeeinnahmen, weil sich Rottenburg ohne diese nicht entwickeln könne. Bischof stimmte dieser CDU-Unterstützung zu: Erst durch Gewerbeeinnahmen habe man die Stadtbibliothek erbauen können, außerdem wolle man die Erzieherinnen besser bezahlen. Hört, hört!

Unbeantwortet blieben Fragen, warum OB Palmer in Tübingen 10 ha für Gewerbegebiete ausreichend hält, OB Neher in Rottenburg bis zu 30 ha im Visier hat und offen lässt, für welche Gewerbe. Ortsvorsteher Stopper meinte, die Größe des Gewerbegebietes sei das entscheidende Problem, gebe es mehrere kleine Gebiete, wäre der Konflikt entschärft.

Viel Beifall erhielt **Emanuel Peter** (***DIE LINKE***) für seine Unterstützung des Aktionsbündnisses. Erst durch dessen Aktionen sei das Galgenfeld in die öffentliche Diskussion gekommen. Außerdem seien alle Ergebnisse der Klausurtagung jetzt von der Stadt veröffentlicht. Scharf kritisierte er den großen Zeitdruck durch die Stadtverwaltung, die bereits im Oktober im Gemeinderat Beschlüsse fassen wolle. Damit werde eine breite Diskussion in der Gesamtstadt unmöglich.

Rolle des Regionalplans

Michael Lucke (SPD) konnte über das Verhältnis Stadt Rottenburg – Regionalplan/ Regierungspräsidium aufklären. **Gegen die Umwandlung des Galgenfeldes in ein Gewerbegebiet spreche im Regionalplan – an dem Lucke zehn Jahre mitarbeitete – drei schwerwiegende Schutzkategorien, die nicht leicht veränderbar sind: Es ist eingeordnet als regionaler Grünzug, als besonders wertvolle Landwirtschaftsfläche und wäre ein neues, fünftes Siedlungsgebiet – nur vier sind zugelassen (Weiler, Bühl, Kilchberg, Kiebingen).** Von daher ist es sehr fraglich, welche Chancen die von einigen Teilnehmern geäußerte CDU-Seilschaft Neher – Walter – Tappeser tatsächlich hat. Von allen wurde die Stadt aufgefordert, sich endlich mit den Kiebingern an einen Tisch zu setzen und auf Augenhöhe über das Galgenfeld zu sprechen.

Das Argument „Gewerbesteuer“

Selbstverständlich braucht jede Kommune auch Gewerbesteuereinnahmen. Schließlich ist dies die einzige, im Grundgesetz verankerte selbstständige Steuereinnahme einer Kommune (mit Ausnahme von Bagatellsteuern). Alle anderen Einnahmen kommen von Land oder Bund. Als die FDP die Gewerbesteuer nach der Finanzkrise 2009 ganz abschaffen wollte, um die Kommunen noch abhängiger zu machen, erhob sich zu Recht großer Protest – die FDP scheiterte grandios. Aber es ist falsch zu behaupten, ohne mehr Gewerbesteuern könne man keine Stadtbibliothek bauen oder die Erzieherinnen nicht besser bezahlen.

In Rottenburg machen die Gewerbesteuern im aktuellen Haushalt von insgesamt 92.270.000 Euro ganze 13,1 Prozent oder rund 12 Mio. Euro der Einnahmen aus. Der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer beträgt 25 Prozent, die Schlüsselzuweisungen über 30 Prozent der Rottenburger Einnahmen.

Hinter dem Schrei nach mehr Gewerbesteuern verstecken CDU und Grüne, dass die Landesregierung die Landeszuweisungen an die Kommunen in Baden-Württemberg drastisch kürzt, um ihren Landeshaushalt zu schönen und eine „schwarze Null“ vorzugaukeln.

So entzieht die grün-schwarze Landesregierung den Kommunen in diesem Jahr 861 Mio. Euro, in den beiden Folgejahren jeweils 771 Mio. Euro als Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushaltes!

Von diesem Geld könnte man die Erzieherinnen locker besser bezahlen.
So viele Gewerbegebiete können die Kommunen gar nicht neu entwickeln, um diese Kürzungen wieder wett zu machen – von der unwiederbringlichen Umweltschädigung ganz abgesehen!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg



















Bei herrlichem Sommerwetter begrüßte Dr. Emanuel Peter die Gäste des Sommerfests der ***LINKEN*** in Bieringen darunter als Gastredner Bernd Riexinger, Bundesvorsitzender und Spitzkandidat der ***LINKEN*** in Baden-Württemberg. Die neugegründet Regionalgruppe der „Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba“ war mit einem Infostand und mit frisch zubereiteten cubanischen Cocktails vertreten.

Fotos: N. Kern













Da ist der Bösewicht!

Irgendwo findet sich immer ein Feind

Man müsste dem nordkoreanischen Staatschef Kim Jong Un beinahe dankbar sein, dass er mit seinem Atombombenversuch die ständige Bedrohung durch einen Atomkrieg wieder ins Bewusstsein gerufen hat. Auch in der Bundesrepublik lagern Atomwaffen und über die NATO verfügt auch die Bundeswehr indirekt über sie.

Schnell wurde der Bösewicht in diesem Konflikt ausgemacht: Es ist der nordkoreanische Machthaber. Position zu beziehen ist nicht leicht, denn zu oft werden gezielt nur Vermutungen weitergegeben, die zu einer ernsthaften Beurteilung wenig taugen. Weiß man wirklich nicht, was die Nordkoreaner so treiben? Oder möchte man nur Platz für Spekulationen haben.

Grundlage zum Verständnis der derzeitigen Situation ist die Aufteilung Koreas nach dem Zweiten Weltkrieg in eine sowjetische und eine US-amerikanische Besatzungszone entlang des 38. Breitengrads unter jeweiligen Militärregierungen. Unberücksichtigt bleibt hier die Rolle Japans für Korea, das 1910 Korea in das Japanische Kaiserreich „eingliederte“ und nach seiner Kapitulation 1945 aufgeben musste.



Im August 1948 kam es, nach Wahlen im Mai, zur Gründung der „Republik Korea“ im Süden. Im nördlichen Teil der koreanischen Halbinsel wurde im September 1948 die „Demo--kratische Volksrepublik Korea“ proklamiert.

Der Koreakrieg 1950 - 1953 endete lediglich mit einem Waffenstillstand. Einen Friedensvertrag zwischen den beiden Staaten gibt es bis heute nicht. Die Demarkationslinie mit einer vier Kilometer breiten entmilitarisierten Zonen (DMZ) bildet die streng bewachte Grenze zwischen beiden Staaten.

Die derzeitige Situation ist ohne Wissen um die Entwicklung Koreas nach 1945 nicht verständlich. Die Interessenlagen sind sehr verschränkt und geprägt durch die historische Erfahrungen.

Bezogen auf Südkorea stellen Atomwaffen und Raketen Nordkoreas nur ein geringes zusätzliches Bedrohungs bzw. Vernichtungspotenzial dar. Seoul liegt in Reichweite nordkoreanischer Artillerie. Konventionelle Artillerie reicht völlig aus, damit in Seoul Millionen Südkoreaner ihr Leben verlieren. In der Capital Area Seoul leben über 25 Millionen Menschen. Seoul ist eine der dichtbesiedelsten Städte der Welt mit etwa 10 Millionen Einwohnern. Etwa die Hälfte der südkoreanische Bevölkerung lebt in diesem Raum.



Das Schlimme an der jetzigen Situation ist das leichtfertige Gerede und die mögliche Irrationalität des Handelns. Kim Jong Un müsste klar sein, dass ein militärischer Konflikt von Nordkorea nicht zu gewinnen ist und eher einem Selbstmordgedanken entspringen kann. Die Drohungen sind nur unter der Selbstaufgabe Nordkoreas umzusetzen. Dem amerikanischen Präsidenten Donald Trump müsste klar sein, dass die Opfer des Verbündeten Südkorea in allerkürzester Zeit in die Millionen gehen würde. In Anbetracht der atomaren Overkill-Kapazitäten der USA kann sich Trump nicht bedroht fühlen.

Kim Jong Un kann sich bedroht fühlen. Im Frühjahr und Herbst jeden Jahres finden gemeinsame Manöver der USA und Südkoreas statt. Es ist eine Provokation. Auch jetzt wieder übten rund 70.000 Soldaten. In fein ziselierter Formulierung äußerte der südkoreanische Präsident Moon Jae-in: „Nordkorea sollte weder unsere Anstrengen überstrapazieren, den Frieden zu wahren, noch sollte es zu Provokationen greifen, die die Situation verschlimmern, und dafür das Manöver als Entschuldigung anführen.“
Das Engagement der USA ist in Südkorea nicht unumstritten. Viele sehen sich als Spielball geostrategischer Interessen der USA.

Zur Zeit wird in Südkorea das THAAD (Terminal High Altitude Area Defense) - System installiert. Damit können Kurzstreckenraketen aus Nordkorea abgefangen werden. Dazu wird ein Golfgelände des Lotte-Konzerns zur Verfügung gestellt. China protestiert gegen die Installation. Auf den ersten Blick ist das verständlich. Berücksichtigt man aber die Reichweite des Systems (200 km) und die Flughöhe (150 km) kann sich China davon nicht bedroht fühlen. Das System besteht aber aus zwei Elementen: dem Abschuss-System und einem Radarsystem, das der Zielfindung dient. Und darin sieht China - möglicherweise nicht ganz unberechtigt - eine Gefahr. Das Radarsystem kann - nach einer kleinen Softwareänderung - Flugbewegungen bis zu 3000 Kilometer erfassen und somit chinesische Mittel- und Langstreckenraketen. China sieht seine eigene nukleare Raketenabwehr geschwächt.

Wie entschärft man eine Krise? Der einfache Bürger hat eine schlichte Antwort: Indem man miteinander redet!

Keck hat Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre Vermittlung angeboten. Dass sie sich da mal nicht damit überschätzt. Der Atomstreit mit dem Iran dauerte 13 Jahre bis zur Aufhebung der Sanktionen. Obwohl sie sich auf der großpolitischen Bühne in der Rolle einer Welt-Mutti sicher wohlfühlen würde! Zu schön wäre die Szene, in der sie mit der einen Hand Kim Jong Un am Patschhändchen nimmt und mit der anderen ein zugewandtes Dududu signalisiert.



Norbert Kern

Wendelsheim

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!

Spassverderber!

Wie viel Selfie verträgt der (Wahl-)Akt?

Plagen muss man rechtzeitig begegnen. Wehret den Anfängen! Deshalb ist es gut, wenn bei der bevorstehenden Wahl zum Bundestag das Fotografieren und Filmen in der Wahlkabine verboten wird.

Es wird den Politerziehern jedoch nicht leicht fallen, selfie-affinen Jugendlichen klar zumachen, dass Demokratie einen hohen Preis hat - den Verzicht auf das Handyfoto in und aus der Wahlkabine. Jenen selbstverliebten Selbstdarstellern im öffentlichen Raum wird das Örtchen genommen, wo sie auch ihre politische Individualität dokumentieren könnten. Sie werden diesen Preis nicht bezahlen wollen und sie werden lieber nicht zur Wahl gehen. Man wird ihnen klar machen müssen, dass nicht irgendwelches müde Nicht-Wahlkampfverhalten ein Anschlag auf die Demokratie ist, sondern das Fotografieren in der Wahlkabine. Deshalb hat man wohl die Bundeswahlordnung ergänzt: „In der Wahlkabine darf nicht fotografiert oder gefilmt werden."

Mein Wahlverhalten kann ich ungehindert vor der Wahl wie nach der Wahl kund tun - nur eben nicht mein kreuzchen in der Wahlkabine dokumentieren. Es muss der Aspekt der Sicherheit sein, der das verbietet. Wir erinnern uns an das Fotografierverbot von Bahnhöfen, Brücken, militärischen Anlagen, Flugplätzen … wie es gerade in autoritären Staaten der Fall war.



In Zeiten von Fake News sollte es dem Bürger schon erlaubt sein, seine staatsbürgerliche demokratische Haltung durch ein nicht-gefaktes Fotos zu dokumentieren. „Ich war dabei und habe nicht die MOP (Minimalistische OppositionsPartei) gewählt!" Was spricht gegen diese Art Selbstvergewisserung? Vom „Cogito ergo sum" zum „Mein Selfie bin ich".
Ich frage mich auch, weshalb es dem Wahlbürger nicht gestattet ist, die Wahlkabine für wenige Augenblicke - heimlich - in ein Fotostudio zum Zwecke der Selbstdarstellung zu verwandeln, wenn es miserablen Darstellern möglich ist, das Parlament - öffentlich - als Bühne zu nutzen?

Es soll hier natürlich nicht dazu animiert werden, Verbotenes zu tun, aber auf ein paar Vorsichtsmaßnahmen möchte ich doch hinweisen.
Verhindere unbedingt den Auslöseton deines Handys. Man könnte misstrauisch werden. Sei vorsichtig beim Hantieren mit dem Selfie-Stick. Du könntest in Verdacht geraten mit der Armverlängerung der Nachbarwählerin spannerhaft zu nahe treten zu wollen.
Das wäre in der Tat ein strafbewehrtes Verhalten. Denke daran: Wer beim Fotografieren erwischt wird, darf seinen Stimmzettel nicht abgeben. Der Weg ins Wahllokal wäre umsonst gewesen.

Mein Staat will alles über mich wissen und kümmert sich wenig um den Schutz meiner Privatsphäre, wenn ich aber freiwillig bereit bin, ihm mein Wahlverhalten in den sogenannten sozialen Netzwerken zur Kenntnis zu bringen, zeigt er Desinteresse. Seltsam! Aber wahrscheinlich braucht er meine Unterstützung gar nicht. Die unsichtbare Überwachungskamera im Wahlraum hat schon längst aufgezeichnet, dass ich - Ich sag's nicht! - Kandidat XY und Partei YZ gewählt habe.

Und nicht vergessen: „Der Wahlvorstand achtet darauf, dass sich immer nur ein Wähler und dieser nur so lange wie notwendig in der Wahlkabine aufhält." **Gruppen-Selfies sind also ausgeschlossen. - Spassverderber!**

Norbert Kern, Wendelsheim

Termine:
Info-Stand *DIE LINKE* Rottenburg auf dem Metzelplatz
Samstag, 16. September 2017, 10.00 - 12.00 Uhr
Kommunaler Arbeitskreis *DIE LINKE* Rottenburg
Mittwoch, 20. September 2017, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7, 1. Stock

Bundestagswahl

Sonntag, 24. September 2017
Zukunftswerkstatt
Donnerstag, 12. Oktober 2017, AWO-Heim (Zeit entnehmen Sie bitte der Presse)
Info-Stand *DIE LINKE* Rottenburg auf dem Metzelplatz
Samstag, 21. Oktober 2017, 10.00 - 12.00 Uhr
Kommunaler Arbeitskreis *DIE LINKE* Rottenburg
Mittwoch, 25. Oktober 2017, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7, 1. Stock

Redaktionsschluss für die Oktober-Ausgabe: **Freitag, 13.Oktober 2017**

DIE LINKE.
Neues aus dem Neckartal

Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an



Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)
Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg
Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion
Norbert Kern (Ke), 72108 Rottenburg - Wendelsheim, Kornbühlstraße 75



V.i.S.d.P.
Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg
Eichendorffstr. 49